

29.01.2026

Gegen politische Exmatrikulationen

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament der Justus-Liebig-Universität Gießen spricht sich entschieden gegen politische Exmatrikulationen aus.

Politische Exmatrikulationen, also der Entzug des Studierendenstatus aufgrund politischer Betätigung, Meinungsäußerungen oder Engagements außerhalb des Studien- und Prüfungsbetriebs, widersprechen grundlegenden Prinzipien einer demokratischen Hochschule. Die Studierendenschaft stellt klar:

1. Studien- und Wissenschaftsfreiheit umfassen auch das Recht auf politische Meinungsäußerung, Organisation, Protest und Engagement.
2. Hochschulen dürfen nicht zu Orten politischer Disziplinierung werden, an denen Studierende aus Angst vor Sanktionen von gesellschaftlicher oder politischer Beteiligung abgehalten werden.
3. Exmatrikulationen dürfen nicht als Mittel zur Sanktionierung politischen Verhaltens eingesetzt werden.
4. Politisches Engagement, insbesondere in Form von Protest, Kritik an staatlichen oder hochschulpolitischen Entscheidungen sowie solidarischer Organisation ist ein zentraler Bestandteil studentischer Selbstbestimmung und demokratischer Bildung.

Das Studierendenparlament verurteilt daher jede Form politisch motivierter Exmatrikulation und erklärt seine Solidarität mit allen Studierenden, die aufgrund ihres politischen Engagements unter Druck geraten oder mit hochschulrechtlichen Sanktionen bedroht werden.

Die Studierendenschaft fordert die Hochschulleitung, Landesregierung und zuständige Behörden auf,

- politische Betätigung von Studierenden ausdrücklich zu schützen,
- und die Hochschulen als Orte kritischer, pluraler und demokratischer Auseinandersetzung zu verteidigen.

mit solidarischen Grüßen

SDS Gießen